

Rede Fridays for Future Globalstreik 25.03.22 #PeopleNotProfit

Schon wieder stehen wir hier. Zum zehnten Mal streiken wir heute mit hunderttausenden Aktivist*innen weltweit und fordern längst benötigte Klimagerechtigkeit. Wir stehen hier Seite an Seite mit MAPA, den am meisten von der Klimakrise betroffenen Menschen und Regionen und schließen uns ihren Forderungen für Gerechtigkeit und Dekolonialisierung an.

Doch während unseren Forderungen auch nach über drei Jahren nicht nachgegangen wird, werden andere Krisen deutlicher denn je: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Ukraine macht auch uns tief betroffen und wir solidarisieren uns mit allen Menschen, die darunter leiden; sei es, weil sie diesen Krieg vor Ort miterleben müssen, weil sie selbst auf der Flucht Rassismus erleben oder weil sie den Krieg offen kritisieren und dadurch unter Repressionen leiden. Wir fordern ein sofortiges Ende des russischen Angriffs und eine Lösung des Konflikts durch Gespräche.

Jeder bewaffnete Konflikt kostet und zerstört Menschenleben, nimmt vielen Menschen ihr Zuhause, ihre Lebensgrundlage und ihre Familie, Freund*innen und Nachbar*innen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit. Darum stehen wir heute hier, um für Klimagerechtigkeit zu kämpfen, für eine friedliche Welt ohne Kriege.

Auch im Angriffskrieg Russlands in Ukraine spielen Rohstoffe, insbesondere fossile Energien, eine Rolle. Denn Gasexporte machen einen großen Teil von Russlands Wirtschaft aus. Die EU, und vor allem Deutschland, importieren weiterhin russisches Gas und finanzieren damit Putins Krieg. Deshalb brauchen wir endlich den Ausstieg aus den fossilen Energien und einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien - gegen die Klimakrise und für den Frieden. Wir sehen gerade viel Solidarität, aber Solidarität darf sich nicht an der Hautfarbe und an der Tankstelle entscheiden!

Ein großer Treiber dieser Ungerechtigkeit ist der Kolonialismus. In den letzten 500 Jahren haben viele Länder im globalen Norden Menschen und Gebiete in anderen Teilen der Welt unterworfen. Ein entscheidendes Motiv für diese Kolonialisierung war der Zugang zu dort vorhandenen Ressourcen. Um daraus so hohe Profite wie möglich zu schlagen, wurden Menschen versklavt, verschleppt und misshandelt. Zur Rechtfertigung dieser Taten wurde ein Weltbild propagiert, das auf rassistischen Stereotypen beruht und *weiße* Menschen als überlegen darstellt. Dieser Rassismus ist bis heute tief in unserer Gesellschaft verwurzelt. Aus dem Fehlschluss vornehmlich weißer Menschen, die Natur und andere Menschen beherrschen zu können, resultierte die Klimakrise. Das heißt: der Kampf gegen die Klimakrise geht nur antikolonial; in dieser Bewegung und auf der ganzen Welt!

(Neo)koloniale Strukturen ziehen sich bis in die heutige Zeit. Durch Neokolonialismus sichern sich Industriestaaten und Großkonzerne die Kontrolle über Ressourcen von Ländern ehemaliger Kolonien und in MAPA. Die Unterdrückung wird nicht mehr nur durch Gewalt erwirkt, sondern auch noch durch den kapitalistischen Weltmarkt.

Direkt vor unserer Haustür sitzt HeidelbergCement; nach RWE der zweitgrößte Treibhausgas-Emittent im DAX. Sie betreiben beispielsweise in besetzten palästinensischen Gebieten völkerrechtswidrig Bergbau und planen eine Zementfabrik im geschützten Kendeng-Gebiet in Indonesien. HeidelbergCement zerstört aktiv Ökosysteme und Lebensgrundlagen von Menschen auf der ganzen

Welt. Diese neokolonialen Verbrechen müssen aufhören! Wir wollen und können nicht akzeptieren, dass ein Heidelberger Unternehmen so krasse Verstöße gegen das Menschen- und Völkerrecht begeht und die Rechte indigener Minderheiten mit Füßen tritt.

Das trifft nicht nur auf Großkonzerne, sondern auch auf Regierungen zu. Schauen wir nach China, wo Han-Chinesen die muslimische Minderheit der Uiguren unterdrücken und ihre kulturelle Identität auslöschen. Millionen Menschen werden in sogenannten Umerziehungscamps - eher modernen Konzentrationslagern - gefangen gehalten, gefoltert und ermordet, während deutsche Konzerne wie Volkswagen weiter unbeirrt Autos verkaufen, die durch uigurische Zwangsarbeit produziert werden und damit das chinesische Regime finanzieren. Wir fordern: People not profit! Es darf nicht sein, dass die Unterdrückung der Uiguren und die Verletzung ihrer Rechte durch westliche Unternehmen weiterhin unterstützt wird.

Auch das damalige deutsche Reich beutete als Kolonialmacht die Menschen und Ressourcen in ihren Kolonien aus und hat als so kleines Land die viertgrößten historischen Emissionen weltweit. Deshalb haben wir auch eine historische Verantwortung. Wir fordern, dass die Regierungen des globalen Nordens, ganz besonders Deutschland, ihrer Verantwortung endlich gerecht werden. Der erste Schritt sind Reparationszahlungen an MAPA - sowohl in Form von Anerkennung der Landrechte indigener, Schwarzer, antipatriarchaler und marginalisierter Gemeinschaften, als auch durch die Bereitstellung von Ressourcen zur Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise. Diese Reparationszahlungen sind aber keine wohlthätige Gabe des globalen Nordens. Sie sind Teil eines Prozesses, der Gerechtigkeit wiederherstellt, wenn auch viel zu spät! Es ist eine häufige Fehlinterpretation, dass *weiße* Menschen im globalen Norden MAPA durch Spenden retten müssten oder auch nur könnten. Diese Vorstellung verstärkt koloniale Machtstrukturen nur noch mehr. Dieses Phänomen wird auch White Saviourism genannt. In der Realität sieht es aber ganz anders aus. Wir müssen MAPA nicht durch unser angeblich so heldenhaftes Tun retten, sondern viel mehr müssen wir unsere Schuld begleichen für die Schäden, die wir seit Jahrhunderten angerichtet haben und immer weiter verursachen.

Die reichen Länder dieser Welt sind für über 90 % der weltweiten CO2 Emission verantwortlich. Damit sind sie für mehr als doppelt so viele Emissionen und Umweltverschmutzungen verantwortlich wie der gesamte ärmere Teil der Weltbevölkerung. Das bedeutet, dass die Menschen, die am meisten von den Auswirkungen betroffen sind, am wenigstens zu den globalen Emissionen beitragen, wohingegen die, die es kaum betrifft, sie zu großen Teilen verantworten. Warum ist das so? Weil das Wirtschaftswachstum und der Kapitalismus die Wirtschaft und Politik beherrschen und die Profitinteressen großer Konzerne über die Interessen der Menschen stellen. Weil die herrschende Klasse, vor allem Konzerne und Regierungen aus dem globalen Norden, seit Jahrhunderten durch Kolonialismus, Kapitalismus, Patriarchat, weiße Vorherrschaft und Ausbeutung Macht erlangt hat, mit der sie seitdem ohne Reue die Erde und die am meisten marginalisierte Bevölkerung ausbeuten und zerstören. Lasst uns gemeinsam laut sein, um Großkonzernen und der Politik klar zu machen, dass die Interessen aller Menschen - und insbesondere MAPAs - vor die Profitgier einzelner, weniger gestellt werden müssen.

Gleichzeitig wird die Arbeiter*innenklasse als Werkzeug benutzt, um genau das kapitalistische System aufzubauen, das sie zerstört. Wir fordern eine Transformation, die auch in Deutschland sozial gerecht ist. Dass Arbeiter*innen nicht ausgebeutet werden, sondern in ihren Arbeitskämpfen unterstützt werden. Weil wir seit Jahrzehnten eine verfehlte Energie- und Verkehrspolitik haben, brauchen wir jetzt sofort sozial gerechte Antworten auf die steigenden Energie- und Spritpreise, damit die aktuellen Krisen nicht auf die Schultern der Ärmsten abgewälzt werden. In einem Land, in dem Millionen von Menschen in einem Niedriglohnsektor arbeiten müssen, in dem sie systematisch von großen Konzernen ausgebeutet werden oder unter menschenverachtenden Bedingungen im Hartz4-System überleben müssen, müssen wir das System an der Wurzel packen, statt die Verantwortung auf die Einzelnen abzuwälzen. Wir lassen nicht zu, dass soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit gegeneinander ausgespielt werden!

Wir müssen darüber sprechen, wer für die Zerstörung verantwortlich ist und dafür auch finanziell aufkommen muss - die reichsten Menschen und großen Konzerne. Wir wissen, dass genug Geld da ist, es muss nur endlich umverteilt werden, sowohl von Norden nach Süden als auch von oben nach unten!

Neben all dem dürfen wir nicht vergessen, dass aktuell die anhaltenden mörderischen EU-Außengrenzen, struktureller Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland völlig aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt werden. Dabei stellt sich die Neue Rechte gerade jetzt in der Corona-Pandemie so breit auf wie schon lange nicht mehr. Mit Fake News, Geschichtsverdrehung und antisemitischen Verschwörungserzählungen fressen sie sich in die Mitte der Gesellschaft und verschieben den Diskurs immer weiter nach rechts. In Heidelberg und in ganz Deutschland führen Rechte die Querdenkerszene an, gefolgt von Schwurbler*innen, die sich so gerne als bürgerlich darstellen wollen, aber in der Realität nur entweder Faschist*innen sind oder Menschen, die es okay finden, mit Faschist*innen zu marschieren. Es sind die selben Rechten, die den Klimawandel leugnen und jegliche Veränderung zu mehr Gerechtigkeit boykottieren. Solange Faschist*innen in unseren Parlamenten sitzen und auf unseren Straßen marschieren, wird es niemals Klimagerechtigkeit geben. Wir müssen alle antifaschistisch sein!

Wir fordern die Politik und diese Gesellschaft auf: Unternehmt endlich etwas gegen die Ungerechtigkeiten! Seid laut für Gerechtigkeit und seid laut gegen rechts! Beendet die Unterdrückung und Ausbeutung MAPAs durch westliche Konzerne! Sorgt durch Reparationen für einen angemessenen Ausgleich für die angerichteten Schäden!

Kolonialismus und Kapitalismus sind der Kern jenes Unterdrückungssystems, das die Klimakrise verursacht hat. Dieses ausbeuterische System muss endlich ein Ende haben!

An der neuen Regierung sehen wir, was sowieso schon vorher klar war: Die Politik wird niemals Maßnahmen umsetzen, die auch nur ansatzweise ausreichen, um dieses System an der Wurzel zu packen und die Klimakrise bekämpfen zu können.

Ein echter Systemwandel kann nur von der Straße aus erkämpft werden. Wir brauchen euch und wir brauchen alle Menschen in dieser Gesellschaft, um vereint hinter den Kämpfen der am meisten Betroffenen gegen dieses System aufzustehen. Wir müssen uns solidarisieren mit den Arbeitskämpfen der arbeitenden Bevölkerung, mit den jahrhundertelangen Gerechtigkeitskämpfen von allen, die durch Kolonialismus und Kapitalismus ausgebeutet werden und

allen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind. Heute und jeden Tag in der Zukunft, bis wir ein System erkämpft haben, in dem #PeopleNotProfit an erster Stelle stehen!